

Lebens müssen strikt dem Vorsorgeprinzip unterworfen sein, d.h. es muss sichergestellt sein, dass sie nicht schaden.

Das gilt besonders dann, wenn sie dem in unserer Wirtschaft dominanten Prinzip der Gewinnmaximierung dienen; es drohen Zielkonflikte zwischen einzelwirtschaftlichen Interessen und dem Gemeinwohl. Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines guten Lebens für alle.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die aktuelle Entwicklung unserer Gesellschaft mit großer Sorge und in den letzten Wochen und Monaten mit zunehmender Bestürzung.

Corona und das Versagen von Politik und Medien

Corona („Covid-19“) kann für viele Menschen mit schwachem Immunsystem gefährlich werden. Das gilt aber auch für viele andere Infektionskrankheiten.

Die individuelle Einschätzung, wie gefährlich Covid-19 insgesamt für die Gesellschaft sein kann, ist sicher auch bei uns sehr unterschiedlich.

Manche von uns haben sich impfen lassen in der Hoffnung, damit die Gefahren aus der Pandemie für sich selbst, ihre Angehörigen und die Gesellschaft insgesamt zu mindern.

Andere von uns haben von vorneherein die mit den neuartigen Gen-Impfstoffen gegen Corona verbundenen Risiken für zu wenig erforscht gehalten und haben eine Impfung abgelehnt.

Die meisten von uns, vielleicht alle, sehen es inzwischen auf der Grundlage von offiziellen staatlichen Zahlen, z.B. aus Großbritannien, als bewiesen an, dass C-Impfungen gefährlich sind und schwere Schäden bis hin zum Tod verursachen können.

Wir alle sind der Meinung, dass den getroffenen gesetzlichen Entscheidungen keine hinreichende Abwägung der Schäden und Nutzen für die Gesellschaft, wie auch Einzelne vorausgegangen ist, und dass die so entstandenen Schäden den Nutzen bei weitem überwiegen.

Die mit den gesetzlich eingeführten Infektionsschutz-Maßnahmen (Lockdowns, Maskenpflicht, Abstandspflicht, Quarantäne, Besuchsverbote, Kontakteinschränkungen, Reiseverboten, ...) wurden in ihren negativen Auswirkungen auf die Menschen und die Gesellschaft nie von der Bundesregierung untersucht.

Unabhängige Untersuchungen und ihre Initiatoren wurden systematisch schlechtgeredet.

Wir denken auch, dass die veröffentlichten Informationen über Nutzen und Schäden zum Teil fahrlässig, teilweise aber auch mit Absicht, systematisch verzerrt wurden.

Die Impfkampagne sollte eben rollen, Risiken, Nachteile und Kosten wurden systematisch ignoriert und heruntergespielt.

Wir sehen in all dem ein großes Versagen der politischen Entscheidungsträger.

Auch die Leitmedien haben versagt, indem sie sich den Satz des RKI-Präsidenten Wieler zu eigen gemacht haben, dass die vorgegebenen Verhaltensregeln „nie hinterfragt werden dürfen“; dies ist eine autoritäre, den Prinzipien von Wissenschaft und Journalismus zuwiderlaufende Forderung.

Stattdessen haben die Leitmedien mit ihrer die Menschen bevormundenden Berichterstattung und Kommentierung in unkritischer Unterstützung der politischen Entscheidungen die Spaltung der Gesellschaft in Befürworter und Ablehner der verfügbaren Maßnahmen sowie in Geimpfte und Nicht-Geimpfte vorangetrieben.

Sie haben viel zu wenig für ein faires Einander-Zuhören und für gegenseitiges Verständnis getan – also auch hierin versagt.

Mit der - keineswegs evidenzbasierten - Einführung von 2G-Maßnahmen, dann der Einführung einer Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen und schließlich dem Versuch der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für alle, wurden zum wiederholten Mal, rote Linien überschritten.

Zum ersten Mal wurde sie schon im Mai 2021 mit der unsäglichen Debatte über das Impfen von Kindern überschritten.

Wir befürchten, dass ein immer größer werdender Teil der Menschen und auch der Politik in ein totalitäres Fahrwasser gerät und einer neuartigen Apartheid zwischen Folgsamen und Widerständigen den Weg bereitet.

Zwar kam der Versuch der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht im Bundestag nicht durch.

Jedoch gilt die so genannte einrichtungsbezogene Impfpflicht – also für Pfleger, Soldaten, Polizisten usw. - im Prinzip immer noch, wenngleich sie in der Praxis oft unterlaufen wird.

Wir fordern die sofortige Abschaffung aller Corona-Maßnahmen sowie die politische und rechtliche Aufarbeitung der schweren Fehlentscheidungen der letzten Jahre in Politik und Medien.

Wir fordern alle Mitbürger auf, sich einer möglichen weiteren fatalen Entwicklung zusammen mit uns entschieden und vernehmbar entgegenzustellen.

Frieden für die Welt – Wahre Souveränität für das deutsche Volk

Wir sind der Meinung, dass die Hauptverantwortung für den furchtbaren Krieg in der Ukraine dem „Westen“ anzulasten ist, insbesondere

- allen Regierungen der USA seit mindestens 2012, welche nach dem Ende des Warschauer Paktes ihr weltweites Dominanzstreben weiter ausgebaut haben – angetrieben vom militärisch-industriellen Komplex der USA, vor dem bereits Eisenhower in seiner Abschiedsrede als US-Präsident gewarnt hatte.
- der NATO (unter der Führung der USA), die entgegen den Versprechen gegenüber Russland beim Abschluss des 2+4-Vertrages die NATO immer weiter nach Osten erweitert hat.
- Der EU, die mit der aggressiven EU-Erweiterungspolitik den gewaltsamen Umsturz in der Ukraine 2014 (Maidan-Putsch) ausgelöst und für die Umsetzung des Minsk-2-Abkommens nichts getan hat – so dass sich Russland und die ständig von der Ukraine diskriminierten und beschossenen russisch-sprachigen Ost-Gebiete der Ukraine nach 8 Jahren nur hintergangen und hingehalten fühlten, während die Ukraine faktisch im Hintergrund bereits in die NATO integriert wurde.

Wir fordern:

- Frieden schaffen, doch nicht mit immer mehr Waffen, sondern mit Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, die auf einen fairen Interessenausgleich gerichtet sind.
- Wiederaufnahme der Gas- und Öllieferungen aus Russland; Reparatur der Nord Stream-Gasleitungen.
- Wiederaufnahme von normalen Beziehungen zu Russland
- „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“ (Willy Brandt)

- Volle Souveränität für das deutsche Volk – der im 2+4-Vertrag verankerte Besatzungsstatus muss umgehend vollständig beendet werden.
- Abzug der US-amerikanischen Truppen und Atomwaffen aus Deutschland
- Raus aus der NATO! NATO raus aus Deutschland!
- Volksabstimmung über eine erstmalig vom Volk in freier Verantwortung selbst erarbeitete Verfassung nach Maßgabe von Artikel 146 Grundgesetz; dazu Schaffung der gesetzlichen Konkretisierung für die reale Umsetzung dieses Artikels (statt der bisherigen leeren Worthülse).

Liebe Mitbürger aus Werder und Umgebung,

Bitte unterstützen Sie aktiv unsere Forderungen an die Politik und gehen Sie, wenn es Ihnen möglich ist, gemeinsam mit uns jeden Montagabend auf die Straße, um – wie in vielen anderen Städten auch - in polizeilich angemeldeten Spaziergängen unsere große Sorge um eine friedliche, gerechte, demokratische und naturverbundene Zukunft sichtbar zu machen und eine menschengerechte Politik einzufordern.

Lassen Sie sich nicht von den öffentlich-rechtlichen Sendern und den großen privaten Medienhäusern irritieren. Sie werden von den autoritären Eliten beherrscht, die um ihre Macht und Privilegien mit Manipulation und Lügen kämpfen.

Wir machen die Spaltung der Gesellschaft in „rechts – Mitte – links“ nicht mehr mit. Sie dient den Eliten als Herrschaftsinstrument nach der Devise „Teile und herrsche“.

Wir alle sind Teil der Menschheitsfamilie!

Wir sind die wahren Demokraten!

Weitere Infos & Kontakt: www.werderstehtauf.de

Werder (Havel) steht auf

Deutschland droht in eine undemokratische, autoritäre Richtung abzudriften!

Wider die Diskriminierung Nicht-Geimpfter und die verheerende Spaltung der Gesellschaft

Wider Kriegstreiberei aus Machtinteressen geopolitischer agierender Eliten

Wir sind ...

... Frauen und Männer aus Werder (Havel) und Umgebung. Wir sind unterschiedlichen Alters und schauen auf vielfältige soziale, kulturelle und berufliche Lebensläufe zurück. Auch unsere Weltanschauungen und politischen Vorstellungen unterscheiden sich.

Was uns verbindet, ist eine menschenfreundliche Weltanschauung mit den Kernpunkten:

- aktive Friedenspolitik,
- Freiheit von staatlicher oder privater Willkür,
- soziale Gerechtigkeit,
- Kontrolle und Begrenzung wirtschaftlicher und politischer Macht,
- eine dauerhaft lebensfreundliche Umwelt für uns und unsere Nachkommen,
- ein respektvolles Zusammenleben mit anderen Lebewesen und der gesamten Natur, von der wir selbst ein Teil sind,
- Ablehnung einer technokratischen Ideologie, der sich letztlich die Menschheit unterordnen soll (Transhumanismus).

Wir stehen technokratischen Weltverbesserungs-ideen ablehnend gegenüber. Technische Innovationen in allen Bereichen des